

Profile der Weltpolitik

Autor(en): **Schmidt, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337797>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Profile der Weltpolitik

«Man gewinnt keinen Guerillakrieg, indem man Bomben und Napalm auf Menschen wirft und dann alle ihre Verwandten und Stammesangehörigen gegen sich hat. Allererstes Gebot für das Militär ist es, die Menschen zu beschützen und ihnen zu helfen.» Das sind bemerkenswerte Worte, und sie wirken geradezu sensationell, wenn sie von einem amerikanischen Exgeneral stammen. Edward Lansdale ist in der Tat eine geheimnisumwitterte Persönlichkeit, die aber in Asien eine große Rolle spielte, allerdings mehr hinter den Kulissen als vor den großen Scheinwerfern. Mit seiner Kritik an der amerikanischen Kriegführung in Vietnam machte er sich bei Präsident Johnson, Verteidigungsminister MacNamara und den Militärs nicht gerade beliebt. Aber dieser Edward Lansdale soll nun in Vietnam das Reformprogramm in die Hand nehmen, er soll mit einem «bewaffneten Friedenskorp» das tun, was nach seiner Ansicht die Hauptaufgabe des Militärs ist: die Menschen schützen.

Helpen oder bombardieren?

Die Konferenz von Honolulu, an der Präsident Johnson mit den südvietnamesischen Führern zusammentraf, leitete im Vietnamkrieg doch eine neue Phase ein. Vorher war von amerikanischer Seite immer die Rede davon gewesen, zuerst müsse der Krieg gewonnen, dann könne erst mit einem wirtschaftlichen und sozialen Programm begonnen werden. Inzwischen hat man auch in Amerika eingesehen, daß es nicht so leicht geht, in Vietnam zu siegen, wie es sich Präsident Johnson anfänglich wohl vorgestellt hatte. Die Bombardemente erwiesen sich zum großen Teil als Fehlschlag, denn in einem wenig industrialisierten Land wie Nordvietnam spielen Brücken und Straßen keine so lebenswichtige Rolle wie beispielsweise in den USA. Die Bombardements fordern auch unschuldige Menschenleben, einfache Reisbauern, die dann beim Aufbau des Landes wiederum fehlen. Und sie säen Haß. In Rom am Vatikanischen Konzil berichtete ein vietnamesischer Bischof, in seiner Diözese würden wöchentlich über 1000 Menschen durch die amerikanischen Bomben getötet.

Die Amerikaner wollen nun also doch dem Helfen, der Entwicklung in Vietnam eine größere Bedeutung beimessen. Ob sie aber mit ihren Bomben nicht schon zuviel guten Willen zerstört haben, um nun noch raschen Erfolg haben zu können? Premierminister Harold Wilson, der sich im allgemeinen mit den Amerikanern in Vietnam solidarisch erklärt und dadurch vom linken Flügel seiner Labourpartei starke Kritik erntet, hat in Moskau bekannt, daß der Krieg in Vietnam militärisch nicht gewonnen werden könne.

Der Vietnamkonflikt ist denn auch das Problem Nummer eins unserer Tage. Nichts wird so leidenschaftlich diskutiert wie dieser grausame Krieg, der nicht nur die Vietnamesen trifft, sondern Einfluß hat auf das Schicksal ganz Asiens und der Welt. Die Demonstrationen in aller Welt gegen Amerika haben gezeigt, daß man längst nicht überall mit den Amerikanern sympathisiert. Die Hearings im außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats zeigen auch deutlich die Kluft auf. Profilierte Kritiker Johnsons meldeten sich zum Wort. Senator Wayne Morse möchte einen sofortigen Rückzug der amerikanischen Truppen, möchte also gewissermaßen «die Übung abblasen», Senator Fulbright ist der Ansicht, die Amerikaner sollten sich «eingraben», ihre Positionen halten und verhandeln, General James Gavin, der ehemalige amerikanische Botschafter in Paris, weist darauf hin, daß Amerika bei einer weitem Eskalation des Krieges in einer denkbar unglücklichen Situation wäre, denn von Vietnam aus ließe sich kein Krieg gegen China führen. Auch George Kennan, der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau, ist besorgt, er zieht die gesamte Position in Asien in Betracht und stellt fest, daß durch das amerikanische Beharren in Vietnam andere wichtige Positionen verlorengehen könnten. Senator Robert Kennedy schließlich möchte wirklich «freie» Wahlen in Vietnam durchführen, auch auf die Gefahr hin, daß der kommunistische Vietkong in einer zukünftigen Koalitionsregierung vertreten wäre.

Der «weiße Mann» ist engagiert

Die Diskussion um Vietnam wird leidenschaftlich, aber leider nicht immer sachlich geführt. Ein gefährlicher «McCarthyismus» macht sich bemerkbar, eine Kopfgängerei nach der beliebten und berüchtigten Formel «Wer Amerika kritisiert, ist ein Kommunist». Es ist zwar richtig, daß die Vereinigten Staaten große Verdienste um Europa erworben haben, es ist ebenso richtig, daß sie an vorderster Front gegen den Kommunismus kämpfen. Auch das Engagement in Vietnam begründeten die Amerikaner ursprünglich mit dem Argument, dem Kommunismus in Asien einen Riegel schieben zu wollen. Noch immer wird betont, daß man mit den letzten Mitteln den Vietkong in Vietnam besiegen müsse, um den Kommunisten nicht Mut zu machen, sich neue Opfer, wie Thailand und Laos auszusuchen. Aber die Dinge sind längst komplexer und komplizierter geworden, und der bekannte Publizist Arnold Künzli drückt es wie folgt aus: «In Vietnam kämpft – von Asien aus gesehen – nicht Amerika allein, sondern in Vietnam kämpft der ‚weiße Mann‘, und deshalb sind wir alle, ob es uns paßt oder nicht, mit in die Verantwortung gezogen. Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik kann insofern nur ‚weiße Selbstkritik‘ sein, und sie verfehlt ihr Ziel, wenn sie in antiamerikanische Hysterie ausartet.» Helmut Gollwitzer, Theologieprofessor an der Freien Universität Berlin, er-

klärt: «Der Vietnamkrieg heizt den Haß der afro-asiatischen Völker gegen die weißen Völker, während doch eine Hauptaufgabe heutiger Weltpolitik die Aussöhnung der weißen und farbigen, der reichen und der armen Völker ist.»

Das Zentrum Rußland

Unter dem Titel «Moskau rückt ins Zentrum» schrieb Sebastian Haffner, der eigenwillige, aber profilierte deutsch-britische Publizist kürzlich: «Es sieht ganz so aus, als wolle 1966 weltpolitisch das Jahr der Sowjetunion werden. Eine solche Erfolgsserie, wie sie die russische Diplomatie im ersten Monat dieses Jahres zustande gebracht hat, hat es seit Menschengedenken für keinen Staat gegeben.» Haffner spielt vor allem auf die Konferenz von Taschkent an, wo es Ministerpräsident Kossygin ganz allein gelungen ist, eine Einigung im indisch-pakistanischen Streit zu erreichen, dann meint er die Reise Schelepins nach Hanoi, und ferner spielt er darauf an, daß Moskau zu einem Drehpunkt geworden ist, denn es ist und war das Besuchsziel Wilsons und de Gaulles, zweier bedeutender europäischer Staatsmänner, dann ist Staatspräsident Podgorny nach Rom eingeladen worden. Haffner schreibt weiter: «Natürlich verdanken die Russen diesen geradezu dramatischen Zuwachs an Macht und Einfluß in erster Linie der amerikanischen Selbstfesselung in Vietnam. Rußland hat die Hände frei, Amerika nicht mehr. Seit China sich als dritte Großmacht immer mehr fühlbar macht, ist Rußland nicht mehr die ‚Linke‘ der Weltpolitik, sondern das Zentrum: das Land der Mitte und des Ausgleichs, der unentbehrliche Partner aller denkbaren Kombinationen und Koalitionen.»

Während die Sowjetunion nach außen recht erfolgreich diese Rolle des «Freundes und Helfers» spielt, hat der sowjetische Prozeß gegen die Schriftsteller Sinjowski und Daniel doch aufhorchen lassen. Er zeigt die Tendenz zu einer gewissen Radikalisierung, zu einem erneuten stalinistischen Meinungsterror, was beweist, daß das Tauwetter im Osten wieder einmal von einem Rauhreif überrascht worden ist. Ob Stalins Geist wieder zurückkehrt, wird sich weisen. Jedenfalls hat die Verurteilung der beiden Schriftsteller weltweite Beachtung gefunden und dem friedlichen Image der Sowjetunion geschadet.

Hunger in Indien

Ein nicht weniger dramatischer Kampf als in Vietnam spielt sich gegenwärtig in Indien ab, ein Kampf allerdings nicht mit Waffen, aber ein Kampf um Menschen, um Millionen Inder, die vom Hungertod bedroht sind. Indien steht vor der größten Hungersnot der Geschichte. Der Hunger ist zwar ein regelmäßiger Kunde in Indien, aber dieses Jahr steht es ganz besonders schlimm, weil durch eine außerordentliche Dürre die Ernte kleiner als normal geworden ist und weil durch den unheilvollen Krieg um Kaschmir weite Ge-

biete Schaden erlitten haben. Indien hat große Anstrengungen unternommen, sein Land zu industrialisieren, und hoffte dadurch automatisch auf eine Verbesserung des Lebensstandards und eine Bekämpfung des Hungers. Das hat sich als Fehlschlag erwiesen, Indien muß sein Hauptaugenmerk weiterhin auf die Landwirtschaft richten, und weil es die bereits erfolgten Investitionen in die Industrie nicht verlieren will, ist das Land mehr denn je auf ausländische Hilfe angewiesen. Reis ist neben Weizen das Hauptnahrungsmittel Indiens, aber weil in der Welt Reisknappheit herrscht, kann Indien keinen Reis erwarten, sondern erhält hauptsächlich von den Vereinigten Staaten Weizen. Politisch unterhält Indien wie auch Pakistan, besonders nach der Konferenz von Taschkent, freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion, aber trotzdem ist der Subkontinent auf amerikanische Hilfe angewiesen. Durch diese Hilfe muß Amerika geradezu versuchen, seinen Einfluß in Indien geltend zu machen. Hilfe zu leisten ist übrigens gar nicht allzu leicht. Wohl verfügt Amerika über genügend Schiffe, um den Weizen in die indischen Häfen zu transportieren, aber dort fehlen die Einrichtungen, um das Gut so rasch als möglich zu löschen. Ferner fehlen auch weitgehend die Transportmöglichkeiten, um die Ware ins Landesinnere zu schaffen. Es ist also ein Rennen um Wochen und Tage, um Millionen Menschen vor dem Hungertod retten zu können.

Indien muß versuchen, sein Agrarproblem zu lösen, es ist ein Problem des Überlebens. Zwar konnte es die Getreideproduktion im Durchschnitt der letzten Jahre leicht steigern, aber in der gleichen Zeit stieg die Bevölkerung stärker an!

Vulkan Afrika

Im Umbruch begriffen ist noch immer Afrika. Der schwarze Erdteil gleicht einem Vulkan, der nur langsam zur Ruhe kommt. Innerhalb dreier Monate gab es nicht weniger als sechs Militärputsche, nämlich in Kongo-Léopoldville, in Dahomey, in der Zentralafrikanischen Republik, in Obervolta, in Nigeria und in Ghana. Dazu kommt die gespannte Situation in Rhodesien, wo Premier Ian Smith sein Apartheidregime nach wie vor mit Mühe aufrechterhält, aber doch zusehends in Schwierigkeiten gerät, so daß zu erwarten ist, daß auch dort unter dem Druck Premierminister Wilsons bald eine fortschrittlichere Regierung an die Macht kommen wird. In Ghana ist mit dem «Erlöser» Kwame Nkrumah ein Mann gestürzt worden, der sich nicht nur als Herrscher seines Landes, sondern als Führer ganz Afrikas betrachtete und sich auch in weltpolitische Angelegenheiten mischte. So weilte er zur Zeit des Militärputsches in Peking, um sich als «Vermittler» im Vietnamkonflikt einzuschalten. Nkrumah war eine farbige Figur, ein Mann voller Gegensätze, einerseits erkannte er als einer der ersten den Gang der Entwicklung in Afrika, andererseits

stützte er sich noch stark auf den Mythos des Urwaldes und errichtete eine Diktatur mit eiserner Härte.

Afrika ist zwar im Aufbruch begriffen, aber dieser Aufbruch wird immer wieder durch Rückschläge gestoppt. Vielen afrikanischen Staatsmännern fehlt eine gewisse Geduld, der Glaube an die Entwicklung, denn in fünf Jahren lassen sich Jahrzehnte nicht überspringen.

Politische Radikalisierung

Von Europa ist in diesem weltpolitischen Tour d'Horizont fast nicht die Rede gewesen, zu Recht, denn die großen profilierten Auseinandersetzungen spielen sich zurzeit in Asien ab, Auseinandersetzungen aber, die uns alle auch angehen, denn es sind Anliegen des «weißen Mannes», der sein Gesicht nicht verlieren darf. Vietnam ist die Schicksalsfrage der Weltpolitik, und Arnold Künzli sieht wieder das gebannt geglaubte Gespenst des Kalten Krieges: «Auch wer nicht bereit ist, den Teufel eines dritten Weltkrieges an die Wand der Zukunft zu malen, muß die weltpolitischen Auswirkungen des Vietnamkonfliktes mit wachsender Sorge verfolgen. Ein endgültig gebannt geglaubtes Gespenst beginnt sich allenthalben wieder zu zeigen: das Gespenst des Kalten Krieges. Die Zeichen einer politischen Radikalisierung hüben und drüben mehren sich, die ‚terribles simplificateurs‘ auf beiden Seiten wittern Morgenluft, die Lust am Diffamieren des Gegners und des Andersdenkenden nimmt zu. Ein Riß geht wieder durch Völker, Parteien, Kirchen und Gruppen aller Art, und wieder beginnen die ‚Ultras‘ hüben und drüben sich in die Hände zu spielen.»

GEORG SCHEUER

Regimekrise in Frankreich

Wenige Monate nach der Präsidentenwahl befindet sich de Gaulles Regime in der bisher schwersten Krise. In früheren Krisen konnte sich der General entweder auf die Rechte gegen die Linke stützen (z. B. im Maiputsch 1958) oder auf die Linke gegen die Rechte (z. B. in der Niederschlagung der OAS), in allen Fällen auf seine eigenen Anhänger.

De Gaulle allein

Im Ben Barka-Skandal ist das gaullistische Regime schweren Angriffen von allen Seiten ausgesetzt: Die Linksopposition protestiert mit ungewöhnlicher Schärfe und Einstimmigkeit gegen die Entführung des Chefs der marokkanischen Volkspartei (UNPF) Ben Barka, der gleichzeitig ein hervorragenden